



Maintal, 03.01.2019

Wir kämpfen für

- eine gleich gute medizinische Behandlung von Menschen aller Schichten
- soziale und gerechte Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen
- die solidarische Unterstützung partizipativer Gesundheitsbewegungen international
- die uneingeschränkte medizinische Versorgung von Geflüchteten

Wir kritisieren

- die Kommerzialisierung der Medizin
- den Lobbyismus der Geräte- und Pharmaindustrie
- jede Form der Zwei-Klassen-Medizin

Wir sind

- Ärzt*innen
- Psychotherapeut*innen
- Medizinstudierende

Sichere Häfen für Menschen in Not! Demokratische Ärztinnen und Ärzte fordern Bundesregierung auf, aus Seenot geretteten Menschen zur Hilfe zu kommen

32 vor dem Ertrinken gerettete Menschen haben Weihnachten und Silvester auf der „Sea-Watch 3“, einem Schiff der zivilen Seenotrettungsorganisation Sea-Watch verbracht, weil ihnen nach ihrer Rettung die Aufnahme in einem Hafen verweigert wurde. Weitere 17 gerettete Menschen harren seit Tagen auf der „Professor Albrecht Penck“ der Zuteilung eines sicheren Hafens.

Nachdem Europas Häfen für gerettete Menschen geschlossen wurden, die Seenotretter*innen kriminalisiert und ihre Schiffe beschlagnahmt wurden und ihnen teils hohe Gefängnisstrafen drohen, sind nun dank der großen Unterstützung der Bevölkerung wieder Schiffe im Mittelmeer unterwegs.

Die Frauen, Kinder und Männer, die glücklicherweise auf diesen beiden Schiffen gerettet werden konnten, harren dort unter Bedingungen aus, die weder aus medizinisch-humanitärer Sicht und schon gar nicht aus politischer Sicht akzeptabel sind. Mehrere deutsche Städte haben sich bereits zur Aufnahme der Geretteten bereit erklärt, dennoch wird ihnen durch eine zynische „Solidaritäts-Rochade“ durch Horst Seehofer und das BMI die Aufnahme verweigert: Das BMI ließ per Twitter (!) verlauten, dass die BRD grundsätzlich zur Aufnahme bereit wäre, dies jedoch aus Rücksicht auf die europäische Solidarität von der Bereitschaft anderer Länder abhängig gemacht wird (*). Blanker Hohn, angesichts der Tatsache, dass die BRD im Jahr 2018 nach eigenen Angaben nur 115 aus dem Mittelmeer gerettete Menschen aufgenommen hat, während Italien, Spanien, Griechenland und andere Mittelmeeranrainerstaaten der vielfachen Zahl an Menschen Zuflucht geboten haben.

Seit Jahren werden unter Mitverantwortung der deutschen Bundesregierung auf dem Mittelmeer die Rechte von Menschen in Seenot sowie internationale Vereinbarungen missachtet. Der Erosion unverbrüchlicher Grundrechte und der aktiven Bekämpfung demokratischer Errungenschaften, die wir zur Zeit beobachten, muss im neuen Jahr noch deutlicher entgegengetreten werden. Dazu zählt, dass flüchtenden Menschen, die zu ertrinken drohen, nicht ihre Würde genommen oder zynisch gar ihr Tod zur Abschreckung an Europas Grenzen in Kauf genommen wird.

Wir demokratische Ärztinnen und Ärzte fordern von der deutschen Bundesregierung eine sofortige Intervention und Zuteilung eines sicheren Hafens für die Menschen auf der Sea-Watch 3 sowie auf der Professor Albrecht Penck und die Aufnahme der Menschen durch jene Städte und Gemeinden, die sich dafür bereit erklärt haben

Wir fordern zudem die Zivilgesellschaft und insbesondere die ärztlichen Organisationen auf, sich entsprechend ihrer eigenen ethischen Grundsätze bedingungslos für Menschen auf der Flucht einzusetzen.

Dr. Thomas Kunkel (Co-Vorsitzender des vdää)
Felix Ahls (Mitglied im Vorstand des vdää)

* https://twitter.com/BMI_Bund/status/1078681226658148352

verein
demokratischer
ärztinnen und
ärzte



Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte
Medizin mit sozialer Kompetenz

Pressesprecherin Dr. Nadja Rakowitz

Kantstraße 10 • 63477 Maintal

Telefon 06181 – 432 348

Mobil 0172 – 185 8023

info@vdaee.de

www.vdaee.de

Maintal, 03.01.2019